

Plenarprotokoll

98. Sitzung

Freitag, 18. September 2015

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung Flüchtlinge in Schleswig-Holstein - zusammenstehen, helfen, gemeinsam Heimat schaffen 8271

b) Für eine neue Flüchtlingspolitik - „unsichere Herkunftsländer“ festlegen 8271

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3342

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3342.pdf>

c) Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein 8271

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3343 (neu)

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3343.pdf>

d) Flüchtlingen helfen - Asylmissbrauche bekämpfen 8271

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3349 (neu)

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3349.pdf>

e) Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik 8271

Antrag der FDP
Drucksache 18/3353

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3353.pdf>

f) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein

Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die
Umsetzung des Flüchtlingspaktes 8272

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3340

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3300/drucksache-18-3340.pdf>

Top 1a_20_21_26_30_49 - Asyl- und Flüchtlingspolitik

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/35/debatten/top_01a_20_ff.html

Angelika Beer [PIRATEN] 8312

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die aktuelle Situation ist einer der größten **humanitären Herausforderungen**, vor der wir hier in Schleswig-Holstein, in ganz Deutschland und in der gesamten EU stehen. Sie ist eigentlich nicht überraschend, denn die zunehmenden Konflikte und Kriege ließen erahnen, dass die Menschen irgendwann nur noch eine Möglichkeit zum Überleben sehen: zu fliehen. Sie werden dies weiter tun, in der Gewissheit und dem Wissen, dass sie damit gegebenenfalls ihr Leben riskieren.

Ich möchte eine Zwischenbilanz ziehen: Die Politik dachte viel zu lange viel zu bürokratisch. Die Zahlen wurden unterschätzt. Zu attraktiv war es zu glauben, mit der Diskussion über Kontingente und über die Militarisierung der Flüchtlingspolitik an den **europäischen Außengrenzen** Elend regulieren und von uns fernhalten zu können, und mehr noch: Flüchtlinge von der EU selbst fernhalten zu können.

Klar, auch ich hätte die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Eskalation im aktuellen Stundentakt so nicht erwartet. Wer hätte sich schon vor der Sommerpause vorstellen können, was in den letzten Tagen passiert ist? Aber ich sage auch: Wenn der Satz: „Das haben wir vorher nicht gewusst“, in Deutschland fällt, hat das für mich immer noch einen bitteren Nebengeschmack.

Heute haben wir die Gewissheit: Die Menschen werden kommen. Sie werden sich ihre Wege, immer neue Wege, suchen, denn sie haben keine andere Wahl. Sie werden sich weder durch Stacheldraht, noch durch Militär, Polizei, Mauern oder Wasserwerfer abhalten lassen. Sie werden dadurch nur gezwungen, dem üblen Geschäft der Schlepper weiter und noch mehr als bisher ausgeliefert zu sein.

Heute wissen wir auch: Europa steht vor der größten Herausforderung, denn es gibt keine **europäische Solidarität**, weder mit den Fliehenden noch unter den EU-Mitgliedstaaten. Heute wissen wir: Eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union, die Einführung von Schengen vor 30 Jahren, die Freizügigkeit in einem friedlichen Europa, steht vor dem Scheitern. Heute wissen wir aber auch: Bei uns in Deutschland hat die Welle der Hilfsbereitschaft, den Vertriebenen bei uns zu helfen anzukommen, ein nicht erhofftes Ausmaß entwickelt. Diese **Hilfsbereitschaft** und Solidarität ist nicht der Politik zu verdanken, sondern sie kommt aus der Mitte unserer Gesellschaft, und das ist der wunderbare Wert.

Ein Danke dafür, Herr Ministerpräsident, reicht nicht. Die **Ehrenamtler**, die **Hauptamtler** und die Hilfsbereiten brauchen **aktive Unterstützung**, damit sie die Kraft haben, die Vertriebenen weiter zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute wissen wir auch: In einer Zeit, in der sich PEGIDA als Partei konstituieren will und die AfD bei Umfragen in Sachsen genauso hoch abschneidet wie die SPD, in der NPD und Rechtsextreme gegen den Asylmissbrauch hetzen und Flüchtlingsunterkünfte angreifen, müssen wir eine Politik der **Willkommens- und Bleiberechtskultur** so transparent und demokratisch gestalten, dass allen klar wird: Euch wird es dadurch nicht schlechter gehen. Nichts wird euch genommen, allenfalls müssen wir ein wenig zusammenrücken und haben so die Chance, von der kulturellen Vielfalt, die rasch entsteht, zu profitieren.

Eine Willkommenskultur ohne Bleiberechtskultur verhindert eine **Integration**. Deswegen nennen wir immer beides im Zusammenhang.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Noch eine traurige Gewissheit kommt heute hinzu. Die **Landes-CDU** in Schleswig-Holstein, die bislang unabhängig von der Großen Koalition in Berlin den humanitären Konsens in Schleswig-Holstein mitgetragen hat, verabschiedet sich mit ihrem Zehnpunkteplan, der die Handschrift von Thomas de Maizière und der CSU trägt, aus diesem Konsens. Ich bedauere das zutiefst, denn es ist eine fatale Kehrtwende, wie der gestern bekannt gewordene Gesetzentwurf zur Verschärfung der Asylgesetzgebung aufzeigt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, deswegen frage ich mich, wie Sie dazu kommen, in Ihrer Rede der **CDU-Fraktion** für ihr Angebot zu danken. Ich zitiere: Deshalb freue ich mich über das Angebot der CDU, in dieser Frage zusammenzustehen. - Ich verstehe, dass Sie versuchen wollen, die CDU weiterhin im Boot zu halten. Der Zehnpunkteantrag der CDU ist allerdings ein Griff in den Instrumentenkasten der Abschreckung von Fremden und Asylbewerbern, und er zeigt, dass die CDU das Boot verlassen hat oder gerade dabei ist, es zu verlassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und FDP, wir hoffen, dass Sie nicht hinterherspringen.

Was ist das für eine Sprache? - **Ausreisezentren**, Behördenterminus für Sammellager, aus denen abgewiesene Asylbewerber abgeschoben werden. Dieses Wort stand übrigens auf Platz 2 der Liste zur Auswahl des Unworts 2002. Seien wir doch ehrlich: Die sogenannten Ausreisezentren sind nichts anderes als Sammellager. Der von Ihnen, der CDU, gewählte Begriff sollte wohl suggerieren, dass die Vertriebenen freiwillig in die von Kriegen, Hunger- und Dürrekatastrophen gezeichneten Länder zurückkehren. Nein, wir wissen, das ist nicht so. Ich möchte zitieren: Dieses Wort soll offenbar Vorstellungen von freiwilligen Auswanderungen oder gar Urlaubsreisen wecken. Es verdeckt damit auf zynische Weise einen Sachverhalt, der den Behörden wohl immer noch peinlich ist, sonst hätte man eine ehrliche Benennung gewählt.

Durch solche Vorschläge werden **Flüchtlinge** in die Illegalität gedrängt. Flüchtlinge, die untertauchen, verzichten auf ihre Unterhaltssicherung und verlieren jegliche Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, aber auch von der FDP, ich appelliere daran, dass wir das nicht zulassen; weder bei uns im Land noch im Bundestag. Der **Flüchtlingsbeauftragte** hat in seiner aktuellen Stellungnahme an die Landesregierung hier in Schleswig-Holstein appelliert, das Menschenrecht auf Asyl nicht noch weiter auszuhebeln, wie es vor zwei Wochen im Zusammenhang mit dem Winterabschiebestopp geschehen ist.

Für meine Fraktion und für die PIRATEN setze ich hinzu und halte dieser Aufweichung entgegen: Ja, wir müssen die Asylgesetzgebung ändern und von den Füßen auf den Kopf stellen; in Europa, in Deutschland und in unserem Land, aber nicht so, wie der Gesetzentwurf der Bundesregierung es vorsieht. Nein, wir müssen endlich erkennen, dass die geltende **Asylgesetzgebung** eine **Abwehrgesetzgebung** ist.

Sie richtet sich gegen Flucht, Asyl und Menschen. Wir brauchen den Mut, Asylgesetze so zu ändern, dass sie zu der sich tatsächlich verändernden Zukunft in unserem Land passt. Das heißt, wir müssen sie so ändern, dass sie für die Menschen und nicht gegen sie ist.

Im Moment ist es doch so, dass sich Deutschland hinter einer Kissenburg aus Mitgliedstaaten versteckt und aus dieser sicheren Position heraus den Moralapostel spielt, während den südlichen Mitgliedstaaten und Ungarn die größte Verantwortung für die gemeinsame europäische Flüchtlings- und Asylpolitik aufgebürdet wird. Ich halte das für unfair. Es waren doch Sozialdemokraten und Grüne, die Anfang dieses Jahrtausends mithilfe der Dublin-II-Verordnung die Grenzen für Flüchtlinge und Vertriebene verschlossen und somit das professionelle Schleusertum an den europäischen Außengrenzen erst zu einem lukrativen Geschäft gemacht haben.

Ich sage es noch einmal: Wir brauchen eine grundlegende **Reform des europäischen Asylrechts**. Die Aufhebung des Asylkompromisses vom Dezember 1992 und somit eine Rückkehr zum schrankenlosen Grundrecht auf Asyl wäre der erste Schritt auf dem Weg zu einer vernünftigen Wende.

Wir brauchen Botschaftsasyl, das gerade für Deutschland auch eine historische Bedeutung hat. Wir brauchen legale Zuwanderung und Einreise. Was folgt stattdessen aus Ihrer Rede? - Kein neuer Gedanke, keine neue Idee, keine Bewegung, sondern die Annäherung an die Positionen von CSU und CDU.

Herr Ministerpräsident, manchmal habe ich den Eindruck, dass Sie gar nicht in der Lage sind, zwischen **Ehrenamt und Hauptamt** zu unterscheiden. Die Ehrenamtlichen sind an der Grenze, die Hauptamtlichen sind es auch. Sie erwähnten die Bürgerversammlung in Boostedt, auf der Sie gesprochen haben. Diese Bürgerversammlung hat Sie aber persönlich dringend gebeten, dass die Ehrenamtlichen Unterstützung erhalten. Sie haben daraufhin schriftlich geantwortet, das sei an den Stellen, an denen Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet würden, nicht vorgesehen.

Herr Albig, zu Ihrer Rede von vor zwei Wochen in Neumünster: Sie haben vor ungefähr 100 Ehrenamtlichen und überwiegend Hauptamtlichen bei der Diakonie gesprochen. Haben Sie nicht gemerkt, wie es wirkt, wenn Sie dort Märchen erzählen, und zwar vor Menschen, die alle am Ende ihrer Kraft sind und um Hilfe dabei bitten, Flüchtlingen helfen zu können? Sie haben ein Märchen von Neumünster im Jahr 2030 erzählt und davon, wie gut der Ministerpräsident war, der alle zum Flüchtlingspakt eingeladen hatte. 30 Jahre später sei Neumünster eine prosperierende Stadt, es gebe keine Arbeitslosigkeit, die Wirtschaft boome, alle Flüchtlinge, die damals in den Erstaufnahmeeinrichtungen, zum Beispiel in Boostedt, aufgenommen worden seien, seien voll integriert, es gebe keine Probleme. – Die Menschen waren angesichts Ihrer Rede fassungslos. Haben Sie das nicht gemerkt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen von einer **gesamtgesellschaftlichen Aufgabe**. Herr Ministerpräsident, dies teile ich. Wir sollten dann aber auch versuchen, diese interfraktionell im Landtag zu begleiten. Ich glaube, dass Sie auch hier eine etwas andere Vorstellung haben. Ich glaube nicht, dass Sie dem Gesamtkonsens hier im Landtag helfen oder die CDU wieder mit ins Boot nehmen, wenn man Sie und den Innenminister bei TV-Terminen in Aufnahmeeinrichtungen sieht, bei denen Sie nur SPD-Landtagsabgeordnete begleiten, nicht aber Abgeordnete aller Fraktionen.

- Wenn man Konsens will, dann muss man sich bemühen. Dann muss man hier die Debatten führen, Serpil. Dann muss man den Mut haben, einkassierte Beschlüsse zum **Abschiebestopp** hier zu diskutieren und nicht nur mit dem Koalitionspartner

in einer Krisensitzung. Wenn die **Roma** und die **Sinti** hier sind, dann muss man den Mut haben, hier zu sagen: Hört mal, wir haben in einer Regierungserklärung vor wenigen Wochen etwas versprochen, nämlich dass wir zu dem Winterabschiebestopp stehen, aber, liebe Sinti und Roma, wir haben nun nicht mehr den Mut dazu. Es tut uns leid, dass es nun die Roma trifft. Wir wissen zwar, sie werden ethnisch verfolgt, aber wir weiten die Zahl der sicheren Drittländer jetzt aus.

Das ist keine Politik des Dialogs und der Anerkennung, sondern das beschädigt den Konsens hier im Haus. Das beschädigt die Glaubwürdigkeit unserer Sinti und Roma, die versuchen, den Roma vor Ort zu helfen. Sie sind heute nicht hier, um zuzuhören, weil Matthäus Weiß und Hauke Bruhns heute Morgen mit Hilfsgütern nach Flensburg gefahren sind. Sie haben gesagt: Wir helfen jetzt, aber wir sind traurig darüber, dass nicht einmal diese Regierung die Offenheit hatte, eine solche Kehrtwende zu bestätigen.

Eine heutige Regierungserklärung, die nur noch die Halbwertszeit von Wochen hat, ist zu bedauern. Das aber ist das Positive an dieser Halbwertszeit: Gerade darum haben wir uns die Mühe gemacht, neue Vorschläge zu unterbreiten, in der Hoffnung, dass diese Vorschläge in Ihrer nächsten Rede aufgenommen werden: Raus aus der Sackgasse.

Ich möchte noch zur Frage des Landes, der Krise und der Kommunen kommen. Ich weiß, in diesem Bereich können Sie keine Kritik ab, aber ich glaube, man muss sich diese anhören. Der Antrag meiner Fraktion aus dem November 2014 hatte drei entscheidende Punkte: Verlängerung und Wiedereinsetzung des Winterabschiebestopps, Ausweitung der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein und Unterstützung von lifeline, damit wir die vermehrten minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge mit Vormundschaften versorgen können. Dieser Antrag stammt - wie gesagt - aus dem November 2014. Dieser Antrag wird von der Koalition im Ausschuss blockiert. Er ist erst in der letzten Woche wieder auf die nächsten Ausschusssitzungen verschoben worden. Das ist doch nichts anderes als der Versuch, sich aus der verantwortlichen politischen Debatte herauszuziehen.

Herr Ministerpräsident, ja, Schleswig-Holstein hat immerhin schneller als der Bund darauf bestanden, die Zahlen nach oben zu korrigieren. Ja, Sie haben jetzt mit einer riesigen Geschwindigkeit die Landespolizei losgeschickt, um zu schauen, wo noch Platz im Land ist. Trotzdem hätte das alles vorher passieren können. Ich sage: Nicht nur „hätte, hätte“, sondern haben Sie jetzt den Mut, wenn Sie von 15.000 notwendigen **Plätzen** sprechen, und machen Sie nicht wieder falsche Versprechen! Legen Sie sich nicht auf Zahlen fest. Wir wissen nicht, wie viele Flüchtlinge kommen werden. **Planen** Sie für das Doppelte. Reden Sie mit den Kommunen im Voraus und sagen Sie: Hört mal, für den Fall, dass die Krisen noch schlimmer werden und noch mehr Menschen kommen, kann es sein, dass wir euch bitten, genau diese Gebäude zur Verfügung zu stellen.

Dann haben wir nicht mehr das, was in Glückstadt und Lübeck passiert ist. Dann haben Sie eine Situation, dass die Kommunen vorab informiert sind und die Kommunalparlamente nicht einfach nur mit den Tatsachen konfrontiert werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten auf das Doppelte von dem planen, was heute versprochen worden ist, auch wenn Sie wissen - das haben sie ja in der Haushaltsdebatte zugegeben -, dass das Geld nicht reicht. Aber ich hoffe, auch da finden wir einen Konsens. Denn da sind wir voll bei Ihnen. Die Menschenwürde und die Würde eines jeden Menschen kann nicht nach Haushaltslage sortiert werden. Deswegen werden wir in den nächsten Diskussionen dort unterstützend begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass die nächsten Gipfel nicht wieder dazu führen, dass Grundrechte von Flüchtlingen, von Menschen, weiter reduziert und beschnitten werden. Wir wollen eine Reform des Asylrechtes. Dazu gehört auch die Diskussion der **Aufnahme neuer Asylgründe**. Denn was zurzeit bei uns im Asylgesetz steht, reicht bei Weitem nicht mehr aus. Wir wollen zum Beispiel die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung diskutieren. Wir wollen die Verfolgung diskutieren, wenn jede staatliche Souveränität und Autorität zusammen-gebrochen ist. Das sind dann keine Wirtschaftsflüchtlinge, sondern es sind Flüchtlinge, die geschützt werden, zum Beispiel aus den zukünftig sogenannten sicheren Drittländern, in denen noch heute Blutrache gilt, archaisches Gewohnheitsrecht, welches die staatliche Autorität unterminiert und rechtsstaatliche Prinzipien ignoriert. Auch das ist ein Grund zu fliehen, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Wir wollen, dass ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt, da die staatliche Autorität nicht in der Lage ist, diese Personen vor der Blutrache zu schützen, ein derartiger Grund wird. Auch sie sollen ein Recht bekommen, ihr Land zu verlassen.

Wir wollen die Diskussion über **sichere Herkunftsstaaten** beenden. Es gibt einen Vorschlag unseres stellvertretenden Ministerpräsidenten. Wir konnten es im „Spiegel“ nachlesen. Das ist ein guter und sinnvoller Vorschlag. Über die Roma habe ich bereits gesprochen. Ich würde diese Diskussion gern als schlechten Witz verstehen, aber es ist leider keiner.

Ich will ein Beispiel nennen. Es gibt deutsche Gerichte, die geurteilt haben, dass bereits die Rückschiebung nach Ungarn zu verweigern ist, also in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, und zwar wegen der dortigen Menschenrechtsslage. Jetzt wird darüber geredet, noch mehr Menschen in noch **Mehr Staaten** zurückzuschieben, in denen die **Menschenrechte** ebenfalls nicht sichergestellt sind. Was hat das mit humanitärer Politik zu tun?

Wenn es Europa schon nicht schafft, in seinen Mitgliedstaaten die Menschenrechte hinreichend zu wahren, wie sollen wir dann glauben können, dass dies in anderen Staaten gewährleistet wird? Wenn sich Bundestagsabgeordnete aus dem südlichen Freistaat erdreisten, Abschiebungen zurück nach Syrien zu fordern, wie soll man da Einschätzungen einer auch von diesen gemeinsam getragenen Bundesregierung zur Menschenrechtslage in anderen Staaten vertrauen können?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen unser Antrag zur Definition unsicherer Herkunftsländer. Ich will die Kernpunkte hier noch einmal kurz vortragen.

Die Flüchtlingsbewegung und die Hilflosigkeit auch der EU-Mitgliedstaaten erfordern eine neue Flüchtlingspolitik. Deswegen fordern wir die Landesregierung und hier den Herrn Ministerpräsidenten, auf, sich bei den bevorstehenden Gipfeln auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass die Vorschläge für die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsländer generell durch die Landesregierung abgelehnt werden. Bisher haben sie das versprochen, heute nicht mehr.

Wir fordern, stattdessen aufgrund der Berichte des UNHCR eine Liste derjenigen 31 Länder zu erstellen und zu überprüfen, bei denen wir davon ausgehen müssen, dass sie unsichere Länder sind.

Wir fordern, dass Menschen, ohne ihr eigenes Leben zu gefährden, diese auch verlassen können müssen und die Beschleunigung der Anerkennung der Asylverfahren und Nichtwirksamkeit der Dublin-Verordnung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten durch das humanitäre Völkerrecht zu ersetzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Ansatz, von dem die FDP übrigens gar nicht so weit weg ist, nur dass sie keinen Begriff gefunden hat, wie wir zu sagen: Wir wollen die unsicheren statt die sicheren Herkunftsstaaten definieren.

Wir müssen den Menschen, die ihre Heimat durch Krieg, Hunger und Vertreibung verloren haben, eine sichere Zukunft bieten. Die **Konflikte im Nahen Osten** und die dadurch verursachten Flüchtlingsströme stellen unser Land vor eine massive Herausforderung. Die Lage in den bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen ist - wir wissen es - zurzeit fatal, aber wir werden es gemeinsam in Kürze zu verbessern versuchen.

Und es ist doch nicht nur der Nahe Osten. Sowohl die Russland-Ukraine-Krise - da stimme ich Herrn Stegner zu -, als auch der vormalige Konflikt zwischen Georgien und Russland zeigen doch, wie schnell im Moment noch ferne Krisen zu bewaffneten Krisen, zu Bürgerkriegen werden und damit auch zu neuen Fluchtursachen führen können. Wohin sollen diese Menschen dann, wenn nicht

nach Europa? 2,4 Millionen Menschen sind vor den Kämpfen in der Ostukraine geflohen. Auch das sollten wir sehen, wenn wir in die Zukunft schauen.

Im Gegensatz zur EU-Kommission, die die Türkei als sicheres Herkunftsland betrachtet, sehen viele europäische Regierungen die Situation in der **Türkei** zum Glück deutlich kritischer. Die Türkei ist angesichts der Grundrechtslage, der Einschränkung der Pressefreiheit und der eskalierenden Kurdsituation alles andere als ein sicheres Land. Um übrigens noch einmal auf die Bundesverantwortung zu sprechen zu kommen: Die Verantwortung dafür, dass sich die Türkei ganz offensichtlich von der Europäischen Union abwendet - auch das ist Politik aus deutscher Hand. Denn es ist die Bundeskanzlerin, die über 30 Jahre lang verhindert hat – davor war es Kohl - ernsthaft mit der Türkei über eine EU-Mitgliedschaft zu verhandeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut und richtig, die **Bearbeitungsdauer** Von **Asylanträgen** verkürzen zu wollen. Damit komme ich auch zu dem, was gestern passiert ist, zum Rücktritt des Präsidenten des BAMF. Es muss einen schon stutzig machen, wenn der Sprecher von Pro Asyl sagt, er bedauere das zutiefst, weil sich dieser Präsident engagiert und nach vorn geschaut habe und trotzdem gescheitert sei. Wo liegt denn die Verantwortung? Meine Schlussfolgerung ist: Die Verantwortung liegt bei der Bundesregierung, und zwar bei dem zuständigen Minister, bei de Maizière.

Herr Albig, da kann ich nur sagen: Wenn Sie zum nächsten **Gipfel** nach **Berlin** fahren, dann prüfen Sie die Ursachen, ob es so ist. Dann regen Sie doch einmal an, zu schauen, ob es nicht höchste Zeit ist, einen Minister, der schon das Verteidigungsministerium durch Bürokratie und Uneinsichtigkeit an die Wand gefahren hat und der dann noch schnell ins Innenministerium gewechselt ist, jetzt überhaupt noch in der Lage und der Richtige ist, das Innenministerium zu führen, indem er die humanitäre Katastrophe in Deutschland negiert und die Bauernopfer springen lässt.

Mir wird gruselig, wenn ich das Papier von Herrn de Maizière lese. Wir haben es inzwischen doch alle bekommen. Wenn das unter einem solchen Minister durchgesetzt wird, dann wird er wahrscheinlich seine Kompetenzen als ehemaliger Verteidigungsminister mit den Kompetenzen als Innenminister weiter vermischen. Ich will keinen Militäreinsatz zum Abschießen von Schlepperbooten.

Ich will engagierte Menschen, die helfen, dass Krisen durch eine kluge **Entwicklungspolitik** frühzeitig bekämpft werden, ohne dass Militär eingesetzt wird. Es ist gut, wenn die Bundeswehr hilft. Wir haben parallel dazu eine Pressekonferenz am Kieler Standort. Hilfe der Bundeswehr im humanitären Bereich ist sinnvoll. Das ist aber auch schon wieder eine Grauzone, die wir jetzt aber in Anspruch nehmen. Hier entwickelt sich etwas auf Bundesebene und dann auch noch auf europäischer Ebene. Das Bundeskabinett hat am Mittwoch beschlossen, dass wir der zweiten Stufe der militärischen Beteiligung im Rahmen

der **Abwehr von Flüchtlingen an den Außengrenzen** der EU zustimmen. Das ist Bundespolitik. Das ist eine Sackgassenpolitik. Davon wollen wir weg.

Wir möchten, dass Schleswig-Holstein uns hilft, solche Fehlentwicklungen mit aller Kraft zu bekämpfen.

Es ist doch die Schlepperindustrie, die gerade davon profitiert. Wir waren uns hier einig, dass Dublin gescheitert ist.

Deswegen wollte ich bei Ralf Stegner eine Zwischenfrage stellen, als er über die Vorschläge der Europäischen Union in der Verordnung des Europäischen Parlaments zum Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen sprach. Das klang ja so, als wenn er diesen Vorschlag vom 9. September 2015 gut findet und bedauert, dass die Verhandlungen dazu ins Stocken geraten sind.

Ich wollte ihn fragen, wie er das mit unserem Landtagsbeschluss vereinbart, den vier Fraktionen beschlossen haben und in dem wir gesagt haben, dass Dublin gescheitert ist. In dieser Verordnung steht aber, dass dieser **Umsiedlungsbeschluss** Gefasst werden soll, um sicherzustellen, dass Dublin weiter funktioniert. Da lügt doch die eine Hand in die andere Tasche. Das kann doch nicht kontinuierliche Politik sein. Man kann nicht im Landtag einen Beschluss fassen und auf europäischer Ebene genau das Gegenteil vertreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem **Dublin-Abkommen** haben die wirtschaftlich starken Staaten die gesamte Last der schon vor Jahren prognostizierten Entwicklung auf die Pufferstaaten im Süden und Osten verlagert. Man gewinnt doch fast den Eindruck, die europäische Idee beruht zurzeit nur noch darauf, sich vor der Verantwortung zu verstecken, und zwar auf Kosten einiger Länder am Rande der Europäischen Union, die ihren Preis für ihre Mitgliedschaft bezahlen müssen. Die letzte Erweiterung der Europäischen Union war politisch durchaus umstritten. Es ist diskutiert worden, ob man diese Länder aufnimmt, obwohl klar war, dass sie die Kopenhagener Kriterien die Menschenrechtsbedingungen betreffend nicht erfüllen.

Außerdem gab es einen politischen Konsens. Die Länder, die zu Europa gehören, nämlich die Balkanstaaten, die einen Krieg hinter sich haben, den die EU übrigens hätte verhindern können, wenn es damals eine europäische Außenpolitik gegeben hätte, nun einfach als schwarzes Loch in Europa dahingehtieren zu lassen und jetzt auch noch als sichere Drittstaaten zu deklarieren, diese Unglaubwürdigkeit ist auch ein Bestandteil dessen, dass die Menschen uns nicht mehr glauben, wenn wir sagen: Wir streiten und kämpfen für ein friedliches und solidarisches Europa. - Wir tun es eben nicht, jedenfalls nicht in aller Klarheit. Das ist der Punkt.

Kollege Stegner hat das in den Haushaltsberatungen angesprochen. Ich verstehe auch nicht, warum das verschwiegen wird. Es geht nicht nur darum, wie die Kosten

aufgeteilt werden. Ich bin dagegen, kleine Staaten, die seit Jahren Massen an Flüchtlingen unterbringen und die viel zu wenig Unterstützung bekommen, wie Italien, Spanien, Ungarn, Kroatien - -

Den **Friedensnobelpreis** hat sich die **EU** nicht verdient. Sie sollte ihn wirklich zurückgeben.

Ich sage noch etwas: Den Friedensnobelpreis hat Barack Obama erhalten, der mit militärischen Koalitionen beliebiger Art versucht, unliebsame Diktatoren, die wir alle verurteilen, durch Militäreinsätze zu bekämpfen und gezielt zu ermorden. Regime-Change nennt man das auch: Syrien, Irak, Libyen. Das alles hat er getan, ohne auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, was aus diesen Ländern hinterher wird.

Die Europäische Union, auch die Bundesregierung, nehmen auf Anregung der Amerikaner am Antiterrorkampf teil. Der Islamische Staat ist aufgrund dieser Politik erst entstanden. Am Mittwoch ist im Kabinett beschlossen worden, die **Rüstungsexporte** an diese Koalition im Kampf gegen den Terrorismus auszuweiten.

Merkt ihr denn nicht, dass man genau die falschen Instrumente wählt? Das ist nicht Friedensnobelpreis. Das ist das Schüren von weiteren Kriegen und Konflikten. Der Preis dafür werden weitere Flüchtlinge in den nächsten Jahren sein. Wir wissen doch, dass das nicht aufhören wird.

Deswegen zum Schluss meine Bitte an die Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Albig, stoppen Sie auf Bundesebene den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verschärfung und Aushöhlung des Asylrechts. Schreiben Sie eine Asylgesetzgebung für Flüchtlinge und nicht gegen Flüchtlinge. Nehmen Sie die Integration ernst und lassen Sie uns überlegen, ob wir dem falschen Sprachgebrauch von Migrantenflut, Flüchtlingsflut und so weiter nicht etwas entgegenzusetzen sollten. Sind es nicht Vertriebene, denen wir bei uns das Willkommen und das Bleiben ermöglichen wollen?

Wehren Sie sich dagegen, dass diese Bundesregierung auf europäischer Ebene den Verordnungen zustimmt, die Dublin III für die Zukunft fest schreibt.

Wehren Sie sich dagegen. Wir hatten einen Konsens, dass wir gegen Schlepper sind, denen die Menschenrechte und das Leben der Flüchtlinge letztlich vollkommen egal sind.

Wenn Sie sich dafür einsetzen, können Sie mit Unterstützung rechnen. Wenn Sie allerdings weiter in Kabinettsbeschlüssen Grundlagen der schleswig-holsteinischen Willkommenskultur ausblenden, dann müssen Sie auch mit erheblichem und konsequentem Widerstand von uns rechnen. - Dank für die Aufmerksamkeit.

Beschluss:

1. Überweisung der Anträge Drucksachen 18/3342, 18/3353 und des Berichts Drucksache 18/3340 an den Innen- und Rechtsausschuss

2. Annahme des Antrags
Drucksache 18/3343 (neu) mit Änderung

3. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3349 (neu) 8323

• Abstimmungen:

Der Antrag der PIRATEN "Für eine neue Flüchtlingspolitik – ,unsichere Herkunftsländer festlegen"" (Drucksache [18/3342](#)) wurde ebenso wie der FDP-Antrag

"Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik" (Drucksache [18/3353](#)) an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Der Antrag der CDU "Das Land muss auf die Flüchtlingssituation angemessen reagieren" (Drucksache [18/3349](#)neu) wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen und der Piraten abgelehnt.

Der Berichtsantrag der FDP zu "Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein" (Drucksache [18/3343](#)neu) wurde angenommen.

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/35/debatten/top_01a_20_ff.html

